



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften -

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 25. Februar 2021

Vorlagen-Nr. 21-J-42-0004

**Antrag Jugendparlament
Mülltrennungspflicht an allen Wiesbadener Schulen im Schulgebäude
- Antrag vom Arbeitskreis Umwelt und Radverkehr vom 25.01.2021 -**

Wir machen uns häufig keine Gedanken darüber, was mit unserem Müll eigentlich passiert. Dabei ist Mülltrennung ein wichtiger Teil der Kreislaufwirtschaft und leistet somit einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Nicht nur, dass so weniger Müll in den Meeren landet, sondern auch, dass ohne Mülltrennung ein erheblicher Anteil des Recyclings nicht möglich wäre, ist ein Fakt. Hinzu kommt, dass das Verpackungsrecycling laut der Deutschen Umwelthilfe jährlich bis zu 1,7 Millionen Tonnen CO₂ einspart. Ohne Mülltrennung könnte man aus Kunststoffen und Metallen keine neuen Produkte fertigen. Ebenso wenig könnte man jenen Müll als Ersatzbrennstoff oder sogar zur Energiegewinnung in Biogasanlagen verwenden.

Für das spätere selbstständige Leben sollten Schülerinnen und Schülern lernen, wie und warum Müll richtig zu trennen ist. Hier sehen wir einen Bildungsauftrag der Schulen. Dieser Bildungsauftrag ist auch für das Gelingen des Projekts unentbehrlich. Zum einen, da die Schülerinnen und Schüler auch im Zweifelsfall den Müll in die richtige Tonne werfen können müssen. Zum anderen, weil die hohe Relevanz des Themas didaktisch vermittelt werden muss, um das Bewusstsein und die Motivation der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Um einen nachhaltigen Erfolg gewährleisten zu können, ist es wichtig die Bildungsinhalte regelmäßig im Abstand weniger Jahre zu wiederholen. Der Arbeitskreis Umwelt und Verkehr des Stadtschüler*innenrats befasst sich ebenfalls mit diesem Thema und steht zur Mitarbeit an der Ausarbeitung eines solchen Bildungskonzepts zur Verfügung.

Darüber hinaus wird das jeweilige Restmüllvolumen durch Mülltrennung reduziert. Durch eben diese Reduzierung des Restmüllvolumens würden an den Schulen weniger Restmülltonnen benötigt, was zu finanziellen Einsparungen führen könnte.

Hierbei handelt es sich um ein gemeinsames Anliegen mit dem Stadtschüler*innenrat.

Daher fordern wir:

Das Jugendparlament möge beschließen:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welchen Betrag an Abfallgebühren das Schulamt jährlich für die Abfallentsorgung an Schulen ausgibt.
 - 1.1. zu berichten, wie hoch die Kosten für die Restabfallentsorgung sind.
 - 1.2. zu berichten, wie viel Geld durch die Mülltrennung eingespart werden könnte.

2. ein Konzept für die Aufklärung der Schülerinnen und Schüler innerhalb der oben genannten Rahmenbedingungen zu erarbeiten.
 3. eine Abfalltrennpflicht an allen Wiesbadener Schulen innerhalb der Schulgebäude zu etablieren und dem Jugendparlament in regelmäßigen Abständen zu berichten.
-

Beschluss Nr. 0018

Der Antrag des Jugendparlaments wird in der folgenden Fassung angenommen:

1. Der Magistrat wird gebeten,
 - 1.1. zu berichten, welchen Betrag an Abfallgebühren das Schulamt jährlich für die Abfallentsorgung an Schulen ausgibt.
 - 1.2. zu berichten, wie hoch die Kosten für die Restabfallentsorgung sind.
 - 1.3. zu berichten, wie viel Geld durch die Mülltrennung eingespart werden könnte.
2. Die Nrn. 2 und 3 des Antrags sind eingebracht. Hierzu wird (unter Beteiligung des Stadtschüler/innenrats und Vertreter/innen der Schulen) eine Arbeitsgruppe gebildet, die einen Bericht zu diesen Themen erarbeiten soll.

(antragsgemäß Jugendparlament 02.02.2021 BP 0011, geändert durch den Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2021

Spruch
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung
Dem Vorsitzenden des Jugendparlaments
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2021

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister